

III. Prozessvoraussetzungen – Conditions de recevabilité – Presupposti processuali

Rechtskraft – Autorité de la chose jugée – Forza di cosa giudicata

Siehe auch BGer 4A_449/2020 vom 23. März 2021

Voir aussi TF 4A_449/2020 del 23 mars 2021

Vedi anche TF 4A_449/2020 del 23 marzo 2021

V. Subjektive Beteiligung – Parties et représentation – Rappresentazione e parti

Prozessfähigkeit – Capacité d'ester – Capacità di stare in giudizio

[2500] Auszug aus dem Urteil der II. zivilrechtlichen Abteilung des Bundesgerichts i.S. A. gegen B. (Beschwerde in Zivilsachen) 5A_448/2020 vom 18. Februar 2021

Art. 59 Abs. 2 lit. c, 60, 67 ZPO; Beweis fehlender Prozessfähigkeit; keine neue Tatsache

Hatte die Vorinstanz keinerlei Anlass, an der Prozessfähigkeit des Beschwerdeführers zu zweifeln, da sie lediglich mit allgemeinen Behauptungen konfrontiert war, war sie auch nicht verpflichtet, dessen psychische Gesundheit fachärztlich begutachten zu lassen. Es liegt in diesem Zusammenhang auch keine neue Tatsache vor, zumal der Beschwerdeführer sich vor erster Instanz zu dieser Frage äussern konnte.

Art. 59 al. 2 lit. c, 60, 67 CPC; Preuve du défaut de capacité d'ester; absence de fait nouveau

Si l'instance précédente n'avait aucune raison de douter de la capacité d'ester du recourant puisqu'elle n'était confrontée qu'à des allégations générales, elle n'était pas non plus obligée d'expertiser la santé mentale du recourant. Absence de fait nouveau dans ce cadre, le recourant ayant eu la possibilité de se prononcer sur cette question devant le premier juge.

Art. 59 cpv. 2 lit. c; 60, 67 CPC; Prova del difetto di capacità di stare in giudizio; assenza di fatti nuovi

Se la precedente istanza non aveva alcuna ragione per dubitare della capacità di stare in giudizio del ricorrente, poiché essa era confrontata soltanto con delle allegazioni generali, essa non era neppure obbligata a peritare la salute mentale del ricorrente. Assenza di fatti nuovi in questo contesto, il ricorrente avendo avuto la possibilità di pronunciarsi su tale questione dinanzi al primo giudice.

2. Anlass zur Beschwerde gibt ein Rechtsöffnungsverfahren, in welchem die Prozessfähigkeit des Gesuchsgegners strittig war.

2.1 Das Gericht prüft von Amtes wegen, ob die Prozessvoraussetzungen erfüllt sind (Art. 60 ZPO). So kann auf eine Klage nur eingetreten werden, sofern die Partei- und Prozessfähigkeit des Antragstellers gegeben ist (Art. 59 Abs. 2 lit. c ZPO). Prozessfähig ist, wer handlungsfähig ist (Art. 67 Abs. 1 ZPO). Der prozessrechtliche Begriff der Handlungsfähigkeit ist derselbe wie jener im Zivilrecht, das heisst er setzt neben der Volljährigkeit (Art. 14 ZGB) voraus, dass der Betroffene urteilsfähig ist (Art. 16 ZGB). Das Gericht hat sich über die hierfür massgeblichen Tatsachen in Anwendung der beschränkten Untersuchungsmaxime ein Bild zu machen. Dies bedeutet, dass die Abklärung ohne Rücksicht auf eine allfällige Bestreitung des Beklagten erfolgen muss, indes keine Nachforschungen erfolgen müssen, die sich nicht aus den Parteivorbringen ergeben (ZINGG, in: Berner Kommentar, ZPO, 2012, N. 4 zu Art. 60). Zudem ist der Begriff der Urteilsfähigkeit relativer Natur, das heisst deren Vorhandensein hängt vom konkret zu beurteilenden Sachverhalt ab (BGE 144 II I 264 E. 6.1.1). Der Entscheid, ob einer Person die Handlungsfähigkeit in umfassender Weise entzogen wird, bleibt hingegen der Erwachsenenschutzbehörde vorbehalten (Art. 398 Abs. 3 ZGB; Urteil 5A_88/2013 vom 21. Mai 2013 E. 2.2).

2.2 Die Erstinstanz hat sich bei der Beurteilung des Rechtsöffnungsbegehrens eingehend mit dem gesundheitlichen Zustand des Gesuchsgegners befasst. Sie hat diesbezügliche Arztberichte gewürdigt und eine Einvernahme von Zeugen durchgeführt. Gestützt auf diese Beweisvorkehren gelangte sie zum Schluss, dass der Gesuchsgegner im massgeblichen Zeitraum urteils- und damit prozessfähig gewesen war. Er sei daher in der Lage gewesen, seinen Rechtsvertreter betreffend das Rechtsöffnungsverfahren zweckmässig zu instruieren.

2.3 Die Vorinstanz war ebenfalls mit dem Einwand der fehlenden Prozessfähigkeit des Gesuchsgegners konfrontiert. Sie wies darauf hin, dass der Beschwerdeführer durch einen Anwalt vertreten sei und er diesen einzig für die Einreichung einer Beschwerdeantwort instruieren müsse. Das Verfahren vor ihrer Instanz unterliege einem umfassenden Novenverbot, womit in der Sache keine zusätzlichen Abklärungen erforderlich seien. Es bestünden überdies keine Anzeichen, dass der Beschwerdeführer nicht fähig sei, seinem Anwalt Instruktionen zu erteilen, wofür auch der fristgerechte Eingang der Beschwerdeantwort spreche. Es sei daher von der Prozessfähigkeit des Beschwerdeführers auszugehen, weshalb der prozessuale Antrag auf Sistierung der Beschwerde bis zur Vorlage eines medizinischen Gutachtens abzuweisen sei. Bezüglich des Verfahrens vor dem Bezirksgericht verwies die Vorinstanz ebenfalls auf das Novenverbot. Demzufolge lehnte sie eine Begutachtung des Beschwerdeführers hinsichtlich des gesundheitlichen Zustandes in dieser Zeitspanne ab (Urteil RT190160-O/U E. 2; Urteil RT190165-O/U E. 2). Es bestätigte weiter das erstinstanzliche Beweisergebnis, dass der Beschwerdeführer im massgeblichen Zeitraum urteils- und prozessfähig war (Urteil RT190165-O/U E. 3).

2.4 Vor Bundesgericht macht der Beschwerdeführer erneut psychische Probleme geltend. Sein Rechtsvertreter betont, erst nachträglich von der schweren Depression seines Mandanten erfahren zu haben. Lange Zeit seien dessen somatische Beschwerden im Vordergrund gestanden, so dass niemand das psychische Leiden entdeckt

habe. Daher habe er als Rechtsvertreter erst im Rahmen der Beschwerde an die Vorinstanz eine Sistierung des Verfahrens zwecks psychiatrischer Begutachtung verlangen können, um die fehlende Prozessfähigkeit seines Mandanten darzutun.

2.4.1 Konkret rügt der Beschwerdeführer die Verletzung seines rechtlichen Gehörs, da die Vorinstanz seinem Antrag auf psychiatrische Begutachtung nicht stattgegeben habe. Bereits aus diesem Grunde müsse das angefochtene Urteil aufgehoben werden. Damit erübrige sich die Prüfung der verschiedenen Gründe, welche nach Ansicht der Vorinstanz auf seine Prozessfähigkeit schliessen lassen. Mit diesen Vorbringen beschränkt sich der Beschwerdeführer auf die Frage, ob eine Begutachtung des Betroffenen zur Wahrung seiner Rechte notwendig war.

2.4.2 Jeder Partei steht im Prozess das Recht auf Beweis zu (Art. 152 Abs. 1 ZPO). Dieser bundesrechtlich geregelte Anspruch (Art. 53 ZPO) hat seine Grundlage in der verfassungsmässigen Garantie auf rechtliches Gehör (Art. 29 Abs. 2 BV). Allgemein umfasst der Beweisanspruch das Recht einer Partei, für rechtserhebliche und streitige Sachvorbringen (Art. 150 Abs. 1 ZPO) mit den gesetzlich vorgesehenen und tauglichen Beweismitteln zugelassen zu werden, sofern sie diese form- und fristgerecht beantragt hat (Art. 152 Abs. 1 ZPO). Kann das Gericht aufgrund bereits gewürdigter Beweise den Sachverhalt feststellen, so darf es die Abnahme weiterer Beweise ablehnen, ohne das rechtliche Gehör der Partei zu verletzen (BGE 143 III 297 E. 9.3.2; BRÖNNIMANN, in: Berner Kommentar, ZPO, 2012, N. 1, 2, 59, 62 zu Art. 152; STAEHELIN/STAEHELIN/GROLIMUND, Zivilprozessrecht, 3. Aufl. 2019, § 18 Rz. 21).

2.4.3 Nach Ansicht des Beschwerdeführers widerspricht die Verweigerung einer psychiatrischen Begutachtung im Hinblick auf seine Prozessfähigkeit dem Anspruch auf Abnahme eines massgeblichen Beweismittels. Die Vorinstanz hätte sich – selbst wenn es sich um Noven handelt – mit den Gründen auseinandersetzen müssen, welche dem entsprechenden Antrag zugrunde gelegt wurden. Zudem habe bisher kein Anlass für eine Expertise über seinen psychischen Gesundheitszustand bestanden. Nunmehr sei dies der Fall, womit die Vorinstanz das Gutachten gestützt auf Art. 99 Abs. 1 BGG hätte zulassen müssen.

2.4.4 Mit diesen Vorbringen verkennt der Beschwerdeführer die Tragweite des grundsätzlichen Novenverbotes im kantonalen Beschwerdeverfahren (Art. 326 Abs. 1 BGG). Entscheidend für den Ausschluss neuer Tatsachenbehauptungen und neuer Beweismittel in der Hauptsache ist die Funktion der kantonalen Beschwerde als Mittel der rechtsstaatlichen Kontrolle des erstinstanzlichen Verfahrens (STERCHI, in: Berner Kommentar, ZPO, 2012, N. 1, 3 zu Art. 326; STAEHELIN/STAEHELIN/GROLIMUND, a.a.O., § 26 Rz. 45). Gesetzlich geregelte Ausnahmen vom Novenverbot sind beispielsweise die Konkurseröffnung (Art. 174 Abs. 2 SchKG) und die Arresteinsprache (Art. 278 Abs. 3 SchKG). Nicht erfasst vom Novenverbot für neue Tatsachen und Beweismittel sind zudem die Prozessvoraussetzungen, da diese – von gewissen Ausnahmen abgesehen – in jeder Lage des Verfahrens von Amtes wegen zu prüfen sind (Urteil 5A_469/2019 vom 17. November 2020 E. 3.2; REUT, Noven nach der schweizerischen Zivilprozessordnung, 2017, Rz. 113).

2.4.5 Zwar besteht durchaus ein Zusammenhang zwischen dem Novenverbot im kantonalen Verfahren (Art. 326 Abs. 1 ZPO) und demjenigen für das Verfahren vor Bundesgericht (Art. 99 Abs. 1 BGG). Es soll verhindert werden, dass die Prüfungsbefugnis der kantonalen Instanz enger ist als die des Bundesgerichts. So sind vor beiden Instanzen Tatsachen zu berücksichtigen, die das Verfahren gegenstandslos werden lassen. Zudem ist der Einwand der Nichtigkeit im Rahmen einer Beschwerde vom Novenverbot ausgeschlossen (vgl. BGE 145 III 422 E. 5.2; 139 III 466 E. 3.4; Urteil 4A_20/2020 vom 26. Februar 2020 E. 5). Dies bedeutet aber nicht, dass in der kantonalen Beschwerde generell neue Tatsachen und Beweisanträge erfolgen können, weil das Urteil der Erstinstanz dazu Anlass geben soll, wie der Beschwerdeführer offenbar meint. Andernfalls würde das Novenverbot seine Bedeutung verlieren. Entscheidend ist letztlich, dass der Betroffene sich bisher nicht zur Sache äussern konnte, weil er beispielsweise durch die rechtliche Begründung eines Entscheides überrascht wurde und nur mit neuen Tatsachen und Beweisen darauf zielführend reagieren kann (REUT, a.a.O., Rz. 382). Dieser Grundsatz gilt nicht nur in Exequaturverfahren gemäss LugÜ, sondern hat allgemeine Bedeutung für sämtliche Verfahren (BGE 145 III 422 E. 5.2).

2.4.6 Dass ein Ausnahmefall vom Novenverbot im kantonalen Verfahren vorliegt, legt der Beschwerdeführer nicht dar. Er behauptet lediglich, erst nach Ausfällung des erstinstanzlichen Urteils von einer psychischen Beeinträchtigung erfahren zu haben, die sich auf seine Prozessfähigkeit negativ auswirke. Die ihn damals behandelnden Ärzte in der Klinik C. hätten ihm mitgeteilt, dass er an einer schweren Dys-thymie leide. Zwar hatte der Beschwerdeführer diesen Sachverhalt in allgemeiner Weise bereits gegenüber der Vorinstanz geschildert, indes keine Bestätigungen der Ärzte oder andere Beweise vorgelegt. Dies wäre aufgrund seiner Mitwirkungspflicht bei der Klärung des Sachverhaltes am Platz gewesen. Stattdessen hat er von der Vorinstanz ein psychiatrisches Gutachten verlangt, falls sie seine Prozessfähigkeit in Zweifel ziehe. Bestand – wie vorliegend – für die Vorinstanz kein Anlass, an der Prozessfähigkeit des Beschwerdeführers zu zweifeln, da sie lediglich mit allgemeinen Behauptungen konfrontiert war, war sie auch nicht verpflichtet, dessen psychische Gesundheit fachärztlich begutachten zu lassen.

2.4.7 Soweit der Beschwerdeführer sich schliesslich gegen die Erwägungen und den Schluss der Vorinstanz (Urteil RT190165-O/U E. 3) wendet, welche gestützt auf das erstinstanzliche Beweisergebnis die Urteils- und Prozessfähigkeit geprüft und bestätigt hat, sind seine Vorbringen unbehelflich. Es fehlt an hinreichenden Rügen, welche eine willkürliche Feststellung des Sachverhalts durch die Vorinstanz darlegen würden (Art. 97 Abs. 1 BGG; BGE 140 III 267; 137 III 226 E. 4.2), um den rechtlichen Schluss in Frage zu stellen.

2.5 Nach dem Gesagten ist der Vorinstanz keine Verletzung von Bundesrecht vorzuwerfen.

NOTE

Marie-Laure Percassi, doctorante et collaboratrice scientifique à l'Université de Neuchâtel

La capacité d'ester et les novas

Dans cette affaire, le recourant (requis et poursuivi en première instance) a invoqué son incapacité de discernement – et par conséquent son incapacité d'ester – en première instance. Le tribunal de première instance a considéré, après avoir entendu des témoins et examiné des rapports médicaux, que le recourant était capable de discernement et donc d'ester (consid. 2.2). En deuxième instance, le recourant a requis du tribunal une expertise psychiatrique pour évaluer sa capacité de discernement. Le tribunal de deuxième instance n'a pas accédé à sa requête et a confirmé la décision de première instance (consid. 2.3). Le Tribunal fédéral rejette le recours formé contre cet arrêt et retient, après avoir exposé les principes relatifs aux novas en procédure de recours, qu'une expertise psychiatrique n'avait pas à être ordonnée (consid. 2.4.6).

Dans l'arrêt 5A_448/2020, le Tribunal fédéral indique – vraisemblablement pour la première fois – que l'interdiction des faits et moyens de preuve nouveaux prévue par l'art. 326 CPC ne concerne pas les conditions de recevabilité (dont fait partie la capacité d'ester, art. 59 al. 2 lit. c CPC) car celles-ci doivent être examinées d'office à tout stade de la procédure (consid. 2.4.4; cf. art. 60 CPC). Il avait déjà adopté une position similaire dans l'arrêt 5A_801/2017 en lien avec l'art. 317 CPC, disposition qui régit les faits et moyens de preuve nouveaux en procédure d'appel (arrêt du TF 5A_801/2017 du 14 mai 2018 consid. 3.3.1). Cette règle a pour but d'éviter qu'un jugement ne soit prononcé malgré l'absence d'une condition de recevabilité (voir arrêt du TF 5A_801/2017 du 14 mai 2018 consid. 3.3.1).

Le Tribunal fédéral apporte cependant quelques tempéraments à ce principe. D'une part, il souligne qu'en définitive, ce qui est décisif pour l'admission des novas en procédure de recours, c'est qu'ils concernent des éléments sur lesquels la partie n'a pas pu se prononcer (consid. 2.4.5). D'autre part, il retient que si l'autorité de recours n'a pas de raisons de douter de la capacité d'ester d'une partie et que celle-ci n'a formulé que des allégations générales à cet égard, elle n'est pas tenue d'ordonner de nouveaux moyens de preuve (en l'espèce une expertise psychiatrique; consid. 2.4.6).

A noter également que l'arrêt 5A_448/2020 rappelle que toute personne qui a l'exercice des droits civils a la capacité d'ester et que l'exercice des droits civils – pour les personnes physiques – suppose d'avoir atteint la majorité et d'être capable de discernement (consid. 2.1). Le Tribunal fédéral mentionne donc deux conditions pour qu'une personne physique ait l'exercice des droits civils, qui figurent à l'art. 13 CC («Toute personne majeure et capable de discernement a l'exercice des droits civils»). Il convient de préciser qu'une troisième condition doit être remplie: la personne concernée ne doit pas être soumise à une mesure de protection de l'adulte restreignant l'exercice des droits civils (BK ZGB-BUCHER/AEBI-MÜLLER, art. 13 N3). Cette exigence ne figure pas à l'art. 13 CC, mais ressort de l'art. 17 CC («Les personnes incapables de discernement, les mineurs et les personnes sous curatelle de portée générale n'ont pas l'exercice des droits civils») et de l'art. 19d CC («L'exercice des droits civils peut être restreint par une mesure de protection de l'adulte») (BK ZGB-BUCHER/AEBI-MÜLLER, art. 13 N3).